

Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1208.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Dresdner Bank, Dresden, Nr. 1208.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Messdorf und Dresden-Altkönig

Abonnementpreis einschließlich Frachtposten in der 48. Woche vom 24. November bis 30. November 1 Million M., unter Freiband für Deutschland die Nummer 210 Millionen M., Einzelnummer 200 Millionen M.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 281. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25 281. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet. Grundpreise: die 20 mm breite Nonpareilzeile 30 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 100 Pf., für auswärtige Anzeigen 35 und 120 Pf. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Vorkostenabrechnung 10 Pf.

Nr. 277

Dresden, Donnerstag den 29. November 1923

34. Jahrg.

Deutschnationale Kraftprobe

Die Krise in Berlin dauert an. Herr Adam Stegerwald, der Führer der christlichen Gewerkschaften, hat den Auftrag des Reichspräsidenten zur Bildung eines neuen Kabinetts nur halb und unter Vorbehalten angenommen, so daß seine Bemühungen für Bildung einer Regierung des „Bürgerblocks“ noch immer im Vorstadium sind. Als stärkste und aktivste Kraft erweisen sich die Deutschnationalen, die dem Bürgerblock ihre Hilfe zuschütteren wollen. Dem Zentrum haben sie angeblich Zusicherungen für ihre Bündnisfähigkeit gegeben, denn der Führer des Sonderungsausschusses, der Hg. Dr. Scholz von der Volkspartei, veröffentlichte in der Zeit folgende Erklärung:

„Das Ergebnis war insofern befriedigend, als nach der Antwort der Deutschnationalen auf die erwähnten Fragen dem Zusammengehen der andern bürgerlichen Parteien mit ihnen nichts im Wege stand.“

Die „erwähnten Fragen“ verlangten von den Deutschnationalen:

1. ein Verbleiben zu der von ihnen bisher mit allen Mitteln bekämpften Weimarer Verfassung abzulegen,
2. ihre jahrelang erhobene programmatische Forderung auf Nichterfüllung des Versailler Vertrages aufzugeben,
3. sich zur Fortführung der von ihnen bisher in nicht zu überbietender Demagogie betriebenen Außenpolitik und Rhein- und Ruhrpolitik im bisherigen Sinne zu verpflichten,
4. die von ihnen großzügigen illegalen Verbände nicht mehr zu dulden und aufzulösen.

Diese Bereitschaft der Deutschnationalen zur Aufgabe ihrer geistigen bisherigen Verlogenheit demagogischer Politik muß man nachdrücklich festhalten. Die Herrschaften richten sich selbst, wobei sie natürlich erwarten, daß sie doch ihre „aufgegebene“ Gewaltpolitik treiben können, wenn sie nur erst in der Regierung sitzen. Sie fordern dreißig den Wert als Vizekanzler.

Aber sie gehen noch weiter. Sie wollen jetzt vor allem den Genossen Severing als preußischen Innenminister besetzen, weshalb sie demonstrativ ihren Fraktionsbescheid veröffentlichten:

„Die von den Unterhändlern der Deutschen Volkspartei und des Zentrums dem Reichstag der deutschnationalen Fraktion vorgelegte Hauptfrage betrifft Preußen. Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat deshalb beschlossen, die deutschnationale Preußenfraktion zu bilden, in Anknüpfung an die heute im preußischen Landtag bereits geschlossenen Verhandlungen, sobald nachmalig an die bürgerlichen Parteien der preußischen Landtage mit der Frage herantreten, ob diese Parteien geneigt sind, die Bildung einer bürgerlichen Regierung in Preußen umgekehrt herbeizuführen. Von der alsbald zu erhaltenden Antwort bleibt die Entscheidung der Reichstagsfraktion abhängig. Die deutschnationale Preußenfraktion hat dementsprechend beschlossen. Im übrigen hat die deutschnationale Reichstagsfraktion sich jedoch bereit erklärt, die bevorstehenden Verhandlungen betreffend die Reichsregierung weiter zu führen.“

Der Zweck dieses Treibens ist, auch in Preußen eine sozialistenreine Bürgerblockregierung zustande zu bringen, das heißt, auch in Preußen das gesamte Bürgertum gegen

die Sozialdemokratie in eine Sez- und Kampfstellung zu bringen. „Nieder der Marxismus!“ Es ist ein heiterer Genuss, nun das Verhalten der bürgerlichen Parteien zu diesem Diktat zu beobachten. Die Demokraten lehnen ab, sie wollen an der Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie in Preußen jetzt nicht rütteln lassen. Die Entscheidung liegt beim Zentrum und der Deutschen Volkspartei. Zwischen die, so kommt wohl der Bürgerblock (ohne Demokraten) zustande — falls die Deutschnationalen nicht noch weitere Diktate loslassen. Die entscheidenden Fraktionsentscheidungen sollen Donnerstag stattfinden. Die letzten Berliner Meldungen, die allerdings nur auf Stimmungen beruhen, deuten an, daß der „Bürgerblock“ mit den Deutschnationalen nicht zustande komme.

Die Demokraten gegen den Bürgerblock

SPD, Berlin, 28. November, abends 10 Uhr. Inzwischen ist auch der Beschluß der Deutschnationalen insofern überholt, als die demokratische Fraktion am Mittwoch abend beschlossen hat, weitere Verhandlungen über die Bildung eines Bürgerblocks abzulehnen. Der von der demokratischen Fraktion gefasste Beschluß bei folgenden Wortlaut:

Nachdem gegen den Wunsch der deutschdemokratischen Fraktion von der deutschnationalen Fraktion die Frage der Regierungsbildung berührt ist und dadurch eine neue Verhandlung und Beunruhigung geschaffen ist, lehnt die Fraktion die weiteren Verhandlungen zwischen den Fraktionen ab und wird sich an der Bildung einer Regierung nur auf dem verfassungsmäßig vorgegebenen Wege, also auf dem Wege der Verhandlungen mit einem vom Reichspräsidenten zum Reichskanzler auszuwählenden Persönlichkeit beteiligen.“

Stegerwald erledigt

Der Sozialdemokratische Pressedienst meldet:

Berlin, 28. November, abends 9 Uhr. Infolge der Schwierigkeiten, die sich einem Reichskabinetts Stegerwald entgegenstellen, ist anzunehmen, daß die Kandidatur Stegerwald als erledigt zu betrachten ist. Langsam setzt sich überhaupt die Auflösung durch, daß die Lösung der Regierungskrise auf dem Wege fraktioneller Vereinbarungen ausgeschlossen ist. Die Demokraten sind bereits am Mittwoch abend an die Sozialdemokratie mit der Frage herangetreten, welche Haltung die sozialdemokratische Fraktion einnehmen würde, wenn eine Koalition der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft gebildet wird, die sich auf die Sozialdemokratie stützen soll. Dieser Plan fand im Laufe des Abends mehr und mehr Abhang, obwohl teilweise auch davon abgesehen wurde, ein rein parteiliches Kabinetts zu bilden. U. a. wurde der Plan eines von den Fraktionen unabhängigen Kabinetts, das eventuell die Auflösung des Reichstages vornehmen und die Geschäfte bis zu den Neuwahlen führen könnte, erwogen. Als Reichskanzler ist für diesen Fall an den Abgeordneten v. Kardorff gedacht, der übrigens geneigt sein soll, eine derartige Regierung ohne ausdrückliche Vollmacht seiner Fraktion zu bilden.

Die hohen Goldmarkpreise

Zwar langsam, aber doch in immer größerem Umfange erscheint das sogenannte wertbefähigte Geld auf dem Kampfbau, die Rentenmark und allerdand Notgeld, das in der Regel auf der Grundlage der Goldanleihe ausgegeben wird. Aber man kann nicht behaupten, daß unsere wirtschaftlichen Zustände dadurch lieblicher geworden sind. Noch immer keine Verminderung der Arbeitslosigkeit, im Gegenteil, die Ausläufer für die nächste Zukunft sind eher noch trübseliger als bisher. Bei der Preisbildung erleben wir neue, sehr unangenehme Ueberforderungen. Schon längst war es im Großhandel und auch im Kleinhandel üblich geworden, die Preise in Goldmark festzusetzen. Aber die Hoffnung, daß auf diese Weise eine stabile Grundlage für die Preisgestaltung geschaffen werden könnte, hat bisher getrogen. Gerade in den letzten Tagen machte man die peinliche Erfahrung, daß die Goldmarkpreise lustig in die Höhe kletterten, und die Friedenspreise weit übersteigen. So wurde z. B. in Berlin für Rindfleisch, das im Frieden 1,80 M. kostete, 6,93 M. pro Pfund bezahlt. Für Kalbfleisch statt 1,00 M. 12 M. Für ein Ei, das im Frieden 8 bis 10 Pf. kostete, 30 Pf., für Fett statt 2 M. 16 M.

Daß die Goldpreise sich auf Friedenshöhe stellen, war allerdings nicht zu erwarten, da das Weltmarktpreisniveau etwa 50 Prozent über Friedenshöhe steht, aber die Preissteigerung erreicht z. B. bei Fleisch das Vierfache der Friedenshöhe. Dabei ist bezeichnend, daß vor allen Inlandwaren so stark gestiegen sind, während die Preissteigerung der Auslandwaren, wie z. B. die Margarine viel geringer ist. Zum Teil sind die hohen Goldmarkpreise dadurch zu erklären, daß der Dollar in Berlin künstlich niedriger gehalten wurde, während der Händler, der Devisen für den Einkauf braucht, dafür einen viel höheren Preis als den amtlichen Kurs bezahlen muß. Als aber in der vergangenen Woche der niedrige Dollarkurs herabgesetzt wurde, wurden nicht etwa die Goldpreise herabgesetzt. Erst treibt man die Preise in die Höhe, weil der amtliche Dollarkurs, der bei der Umrechnung von Goldmark in Papiermark als Maßstab dient, zu niedrig ist, und wenn dann

der Dollarkurs erhöht wird, läßt man noch einmal die Preise in die Höhe gehen. Daß sich bei solchen Wuchermarktholen unermäßig hohe Preise ergeben müssen, ist natürlich kein Wunder.

Für die Preisgestaltung spielt freilich heute, wo wenigstens der Kleinhandel noch immer Papiergeld in Zahlung nehmen muß, der Geldentwertungszuschlag eine große Rolle, den Händler und Produzenten auf die Preise aufschlagen, um eine Entschädigung für die Geldentwertungsverluste zu haben. Geht nun eine Ware durch vier oder fünf Hände und ammt jeder der Beteiligten einen Geldentwertungszuschlag, so ist es erklärlich, daß gerade bei Inlandwaren die Goldmarkpreise so stark den Friedensstand übersteigen. Man sollte annehmen, daß die Risikoprämie nun wirklich auch nur so lange genommen wird, wie die Bezahlung in Papiermark erfolgt und bei wertbeständiger Zahlung sofort in Wegfall kommt. Es wird auch bei wertbeständiger Zahlung vielfach ein Rabatt gewährt, der aber meist nicht entfernt ausreicht, um die durch die Geldentwertungszuschläge hervorgerufene Preissteigerung auszugleichen, zumal auch im besten Falle nur der Geldentwertungszuschlag beim letzten Verkäufer in Wegfall kommt, hingegen nicht die Zuschläge, die den Waren früher auf ihrem Wege zwischen Erzeuger und Verbraucher auferlegt worden sind.

Die Währungszertrüttung öffnet dem Wucher Tür und Tor und die Unsicherheit der Wirtschaft gibt den Händlern und Produzenten nur zu leicht Vorwände, um den Verbrauchern das Fell recht kräftig über die Ohren zu ziehen. Gegen die Preisausbreitungen, die wir jetzt erleben, wird von vielen Seiten, so auch von General Seekt, mobil gemacht. Man verlangt den Abbau der Goldmarkwucherpreise. Die Erfahrungen haben freilich gezeigt, daß im Kampfe gegen den Wucher nur bescheidene Erfolge zu erreichen sind.

Die Uebersteigerung der Goldmarkpreise muß dazu beitragen, die Gefährdung unserer Wirtschaft zu erkennen, denn sie bilden ein schweres Hindernis für den Export, den wir

gerade jetzt so notwendig brauchen, und sie vermindern die Kaufkraft der Bevölkerung. Die Löhner bei dieser Entwertung sind wieder einmal die Arbeiter und Angestellten, denen man in neuerer Zeit vielfach Goldlöhne bewilligt, die an sich schon käuflich genug sind. Der Arbeiter oder Angestellte, der mit seinem „Goldlohn“ in der Tasche nach Hause geht, muß bald die Erfahrung machen, daß sein Gehalt oder Lohn, selbst wenn er wertbeständig ausgezahlt wird, sehr bald seine Kaufkraft verliert.

Die Unsicherheit unserer Geldverhältnisse ist um so schlimmer, als kein zuverlässiger Maßstab mehr dafür vorhanden ist, was wirklich der Dollar wert ist. Der Berliner Kurs ist ein künstliches Produkt und auch den Kursfeststellungen der Auslandsbörsen ist kein großer Wert beizulegen, weil die Mark im Auslande kaum mehr gehandelt wird. Mit größerem Erfolg wird man gegen den Goldmarkwucher erst dann vorgehen können, wenn genügend wertbeständige Zahlungsmittel im Verkehr sind und die Warenbesitzer sich nicht mehr darauf berufen können, daß sie Geldentwertungszuschläge nehmen müssen. Vorausgesetzt freilich, daß die wertbeständigen Zahlungsmittel auch wertbeständig bleiben, was bei dem wertbeständigen Geld, das jetzt umläuft, sehr zweifelhaft ist. Der von der Regierung ernannte Währungskommissar Schacht ist der Meinung, daß wir recht bald zur vollen Goldwährung übergehen müssen. Nur auf diese Weise läßt sich ein wertbeständiges Geld schaffen, das wirklich diesen Namen verdient. Man kann nur wünschen, daß es Herrn Schacht, der als Nachfolger Sawentzins genannt wird, recht bald gelingen möge, die Einführung der Goldwährung durchzuführen.

Mit dem Ansatze der überlegten Goldpreise beschäftigt sich der Unterabschuß für Ernährung und Landwirtschaft des vorläufigen Reichswirtschaftsrates. Er nahm einstimmig eine Entschlossenheit an, in der schärfsten Weise die Goldpreiskontrolle zu verlangen. Mit der schärfsten Verteilung der Goldpreiskontrollmittel und der Befestigung hinsichtlich der abnehmenden Einheitskurve muß der sofortige Abbau der Risikoprämien und der zu hohen Grundpreise erfolgen. Die Preisverhältnisse müssen aber all im Reiche in Gold für alle Waren durchgeführt werden.

Die abgelehnte Papiermark

Schwere Strafen für Ablehnung von Papiermark werden, wie die Zeitungen melden, für Händler ausgeworfen, die entweder gar keine Papiermark für ihre Ware nehmen wollen, oder den Kunden, die Festmarkscheine bringen, Rabatt oder mehr Waren abgeben als Kaufmännern mit Papiermark. Aber wie immer in der herrlichen kapitalistischen Welt, trifft man eben damit nicht die rechten, nicht die wahrhaft Schuldigen. Bisher las man nur von der Bestrafung der Kleinen, der Detailisten. Die Kleinen Diebe häutet man ins Feld, die großen ins Geld, gilt auch hier. Die Detailisten suchen nicht Papiermark zu erhalten, um sie aufzuspeichern, sondern weil sie von den Großhändlern nur Ware gegen Festmark erhalten. Nun sagt man wohl, die Kleinen möchten wohl die Großen anders aber das ist leichter gesagt als getan. Die Großen sind stramm organisiert, die Kleinen nicht, was besonders beim Einzelhändler, der einen großen etwa anzeigen oder abgeben will, und erhebt nirgendwo Ware. Und ob sein Nachfolger, dem er das Geschäft verkauft, solche erhebt, ist auch noch fraglich. Also wohin wir leben — überall daselbe. Die Mark des Kapitalisten bricht sich überall Reduzieren in die dünne Mauer der Gasse.

Säuberung in der Reichswehr

Das Wehrkreiskommando IV hat mehrere ältere Unteroffiziere und auch einige Offiziere, die sich schwere Angriffe gegen die schärfste Bevölkerung zuzuschreiben kommen lassen, aus dem Heere entfernt.

In unserem gestrigen Artikel haben wir angefragt, was General Müller zu tun gedankt, um in Zukunft Uebergriffe und Brutalitäten von Reichswehrangehörigen zu verhindern. Aus obiger Beilage geht hervor, daß gegen mehrere an den Uebergriffen schuldige Offiziere und Unteroffiziere vorgegangen worden ist. Wir erwarten, daß in allen Fällen so verfahren wird, in denen sich Reichswehrangehörige gegen die Bevölkerung vergrafen haben. Wir glauben gern, daß General Müller daran liegt, Vergehen der Wehrangehörigen gegen die Bevölkerung zu vermeiden, aber die Gefahren, die an sich schon im militärischen System liegen, sind dadurch verschärft worden, daß in die Reichswehr durch die neuem Auffüllungen zweifellos Elemente hineingekommen sind, die der Republik feindlich gegenüberstehen. Hätte man darauf geachtet, daß nur solche Leute in der Reichswehr Aufnahme finden, die entschieden auf dem Boden der Republik und der Verfassung stehen, so hätte sich wahrscheinlich von vornherein ein besseres Verhältnis zwischen der Reichswehr und der Bevölkerung herausgebildet.

Die Münchner Post wieder erschienen

Die sozialdemokratische Presse unter Käfers Anfechtung München, 27. November. (Eig. Drahtbericht.) Die Münchner Post ist am Dienstag zum erstenmal wieder erschienen, wobei sie die eine der von der Polizeidirektion gestellten Bedingungen, die über die Vorgesicht, erfüllt hat. Ueber die Summe der Kautions von 5000 Goldmark wird noch verhandelt, nachdem die Organisationen der Verleger und Redakteure durch ein gemeinsames Schreiben an die bayerische